

**Aktuelle Theoriefragen der Friedens- und Konfliktforschung –  
Dritter Workshop des AFK-Arbeitskreises Theorie  
(3. – 5. Juli 2008 in der Ev. Akademie Loccum)**

**Tagungsbericht** von *Sabine Jaberg*

Der Arbeitskreis (AK) Theorie der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK) traf sich zu seiner dritten Sitzung in der zweiten Workshop-Reihe. Sie fand vom 3. bis 5. Juli 2008 in der Evangelischen Akademie in Loccum statt. Der AK konnte eines seiner zentralen Anliegen weiter bekräftigen, nämlich unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen in den friedentheoretischen Diskurs einzubeziehen: Erstmals stand ein soziolinguistischer Beitrag aus der Afrikanistik zur Diskussion. Der Arbeitskreis folgte seiner bewährten Arbeitsweise: Vorgelegte Texte wurden zunächst nochmals kurz referiert und danach pointiert kommentiert. Es fanden sechs Panels mit jeweils maximal zwei Papieren statt, die allesamt auf der Homepage des Arbeitskreises nachgelesen und auch heruntergeladen werden können (<http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/aktheorie>).

**Panel 1: Stand der Theoriedebatte in der Friedens- und Konfliktforschung**

Das von Christoph Weller verfasste und von Thomas Kater referierte Papier beschäftigte sich mit der Frage „*Von der politisch-friedlichen zur unpolitisch-konstruktivistischen Perspektive? Zum friedentheoretischen Beobachtungswandel*“. Hierin erhob der Autor konstruktivistische Perspektiven zur eigentlichen „Voraussetzung für eine moderne, praktische Sozialwissenschaft“ (S. 12). Damit griff er sein früheres Plädoyer für einen konstruktivistischen Paradigmenwechsel in der friedentheoretischen Arbeit wieder auf und führte es in disziplinkonturierender Absicht weiter. Dabei setzte er sich zuerst kritisch mit den Leistungen der sogenannten „kritischen Friedensforschung“ auseinander. Diese leide erstens unter einer erheblichen Selbstüberschätzung insbesondere hinsichtlich ihrer praktischen Relevanz sowie unter einer Vernachlässigung erkenntnistheoretischer Reflexionen. Die normative Vereinommenheit habe sich zweitens als (wechselseitiges?) Kommunikationshindernis für den interdisziplinären Diskurs erwiesen und schüre drittens außerhalb der Friedensforschung Zweifel an ihrer Wissenschaftlichkeit. Diese seien – da übliche

wissenschaftstheoretische Überlegungen (Begründbarkeit, Zustimmungsfähigkeit, Falsifizierbarkeit) als unzureichend zurückgewiesen werden – letztlich nur über konstruktivistische Rekonstruktion des Prozesses der Wissensgenerierung zu zerstreuen. Im Unterschied zur kritischen gehe es der konstruktivistischen Friedensforschung nicht um Legitimierung politischer Positionen, sondern um „Analyse des Beobachtens in Konflikten und Reflexion ihres jeweils eigenen Beobachtens“ (S. 11). Das Wissen um die Einseitigkeit jeder Erkenntnis führe nicht nur zur selbstkritischen Infragestellung eigener Beobachtungs- und Theoriepräferenzen, sondern verbessere die Chancen auf interdisziplinären Austausch. Der Verzicht auf einen dezidiert praxeologischen Anspruch erhöhe in gleichsam paradoxer Weise sogar Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse, weil nämlich anstelle „monodirektiver Wissensvermittlung der reflexive Dialog über die Gründe der Differenzen und Gemeinsamkeiten des Weltwissens, etwa von Friedensstrategien“ (S. 11) trete.

Gertrud Brücher entfaltete ihren – auf eine Differenzierung der innerkonstruktivistischen Debatte zielenden – Kommentar in drei Schritten: Zuerst unterzog sie normative Theoriebildung einer fundamentalen Kritik. Insbesondere fragte sie danach, warum das Schema einer dichotomen und in diesem Sinne naiven Moralisierung (gut versus böse, richtig versus falsch) offenbar auch in der Friedensforschung unausrottbar sei und Kants dezidierte Absage an gewaltsame Strategien zur Durchsetzung des Guten so häufig übergangen werde. Eine Antwort auf diese Frage sah sie im Beobachtungsschema einer durch Wahrscheinlichkeitsrechnungen fiktional verdoppelten Zukunft, mit deren Hilfe beliebiges Handeln legitimiert werden könne. In einem zweiten Schritt problematisierte sie das Verhältnis von normativer Theorie und Konstruktivismus. Ihres Erachtens resultiere die von Weller monierte Selbstüberschätzung kritischer Friedensforschung nicht allein aus ihrer Normativität, sondern aus einer theoretisch unhaltbaren Kombination von kritischer Theorie und Sozialtechnologie. Außerdem bleibe auch konstruktivistische Friedensforschung solange normativ, wie sie auf die Erforschung von Gewalt- bzw. Friedensursachen ziele. In einem solchen Falle könne sie für sich allenfalls ein höheres Maß an Selbstkritik reklamieren. Damit kam Brücher zu ihrem dritten Abschnitt: nämlich dem Problem einer Infiltration normativer Fragen in den Konstruktivismus. Dieses sei insbesondere in einer epistemologisch bescheidenen Variante anzutreffen, die Wirklichkeit ausschließlich als Wirklichkeitskonstruktion deute. Hier witterte die Kommentatorin

nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren: Denn wo Normen und Werte einzig als diskursive Produkte gelten, könnten anderen Menschen zukommende Rechte einfach negiert werden. Erst ein differenztheoretisch anspruchsvoller operativer Konstruktivismus, der die Unterscheidung von Konstruktion (Empirie) und Wirklichkeit nicht zugunsten einer Seite nivelliert, vermag ihres Erachtens hier gegenzusteuern.

Die nachfolgende Debatte konzentrierte sich auf zwei Punkte: Im ersten Diskursstrang ging es um die Frage, wo denn die Herrschaftskritik der kritischen Friedensforschung bleibe. Dabei ließen sich drei Positionen unterscheiden: Auf der einen Seite wurde die Sorge geäußert, eine rein beobachtende Friedensforschung, die sich eines eigenen normativen Standpunkts und eines eigenen Urteils enthalte, führe letztlich nur zur Reproduktion herrschender oder doch zumindest prominenter Diskurse, die sie auf diese Weise auch rechtfertige. Mithin falle Wellers Kritik an der Parteinahme kritischer Friedensforschung an ihren Urheber zurück. Auf der anderen Seite stand die Verteidigung des konstruktivistischen Ansatzes, wonach Friedensforschung eben nicht zwingend kritisch sein müsse. Eine mittlere Position bescheinigte auch der konstruktivistischen Friedensforschung einen kritischen Stachel insofern, als sie naturalistische Annahmen über die „Welt“ ebenso wie den Glauben an die Vorhersehbarkeit von Wirkungen zersetze. Damit sperre sich die konstruktivistische Friedensforschung gegen sozialtechnologischen Machbarkeitswahn. Darin ähnele sie sogar Teilen der kritischen Friedensforschung, ohne sich jedoch wie diese auf einen bestimmten Standpunkt festzulegen. Im zweiten Diskursstrang wurde die altbekannte wissenschaftstheoretische Kontroverse um erklärende und verstehende Ansätze eher angerissen als abschließend geklärt. Dabei ging es um einen möglichen explanatorischen Kern des Konstruktivismus. Während die eine Seite zumindest in Wellers Papier eine Hintertür für ein rationalistisches Wissenschaftsverständnis erblickte, bestritt die andere Seite jeglichen erklärenden Anspruch, da dieser stets mit der Unterscheidung von richtig und falsch einhergehe. Eine solche sei dem Konstruktivismus aber fremd (um nicht zu sagen: *wesensfremd*). Dass damit keinesfalls eine Parteinahme für den hermeneutischen bzw. phänomenologischen Ansatz verbunden sein muss, betonte eine dritte Position. Sie bescheinigte dem Konstruktivismus, im Modus der Beobachtung die Dichotomie von Erklären und Verstehen gebrochen und auf diese Weise wohl auch (dialektisch?) überwunden zu haben.

## **Panel 2: Problemzonen liberaler Friedenstheorien**

Dieses Panel behandelte zwei Beiträge. Das von Sabine Kurtenbach vorgelegte und von Maurice Herchenbach referierte Papier „*Befriedigung glocal – was geschieht an der Schnittstelle zwischen liberalem Paradigma und lokalen Gegebenheiten?*“ möchte Unterschiede der Gewaltsamkeit in Nachkriegsgesellschaften aufklären. Hierzu diene die Entwicklung eines Analyserahmens, der die bislang übliche Fixierung auf die direkten Kriegsbeteiligten zugunsten einer multifaktorellen gesamtgesellschaftlichen Perspektive überwindet. Die Autorin sah Nachkriegsgesellschaften durch ein doppeltes Spannungsfeld konstruiert: In horizontaler Richtung verlaufe es zwischen jenen Akteuren und Strukturen, die friedlichen Wandel vorantrieben bzw. gewaltsam blockierten. Vertikal entfalte es sich zwischen internen gesellschaftlichen Grundlagen (insbesondere politisches Regime, wirtschaftliche und symbolische Ordnung) sowie externen Einflüssen im Rahmen der Globalisierung (z.B. Normen, internationales Umfeld). Allerdings erweise sich der im liberalen Paradigma unterstellte positive Zusammenhang zwischen Demokratie, Marktwirtschaft und Befriedung in der empirischen Realität als prekär: Denn zumindest jene Nachkriegsgesellschaften, in denen die liberale Praxis internationaler Akteure auf lokale Widersprüche stoße, zeigten sich als relativ gewaltanfällig. Für eine effektive Gewaltkontrolle bestünden demnach drei Optionen: die Rekonstruktion traditioneller Ordnungen (wie in Kambodscha und Mosambik), die Modernisierung des Systems öffentlicher Sicherheit (wie z.B. in Nicaragua) oder der Aufbau neuer Ordnungen – sei es durch Staatsneugründungen (z.B. Ost-Timor), sei es durch längere Mandats- oder Protektorats Herrschaft (wie etwa auf dem Balkan). Die Herausforderung auch für internationales Peacebuilding bestehe nun darin, „diejenigen Mechanismen und Prozesse zu identifizieren, die eine Dynamik zugunsten verregelter Gewaltkontrolle unterstützen“ (S. 21).

Jörg Meyer reflektierte in seinem Kommentar zum einen den theoretischen Standpunkt des Papiers. Seines Erachtens handelte es sich um eine klassische entwicklungs- oder auch modernisierungstheoretische Position. Denn letztlich problematisiere die Autorin das Aufeinandertreffen moderner Strategien auf weniger moderne Verhältnisse. Entsprechend scheinen die Konflikte zwischen Modernisierern und anti-modernen Kräften zu verlaufen. Für eine modernisierungstheoretische Posi-

tion spreche ebenfalls die weitere Auffächerung gesellschaftlicher Ordnungsmodelle in Abhängigkeit vom Grad sozialer Differenzierung (gering, mittel, hoch). Allerdings attestierte der Kommentator der Autorin auch ein Bewusstsein für die theoretischen Grenzen und praktischen Ambivalenzen des gewählten Ansatzes. Denn Kurtenbach weiche insofern von klassischen Annahmen ab, als ihres Erachtens Marktwirtschaft und Demokratie nicht unbedingt Hand in Hand gingen. Zum anderen problematisierte Meyer die methodische (bzw. erkenntnistheoretische) Grundlage des Papiers: Während externe Herangehensweisen bestimmte Faktoren (z.B. Ungerechtigkeit) definieren, um danach kausalen Zusammenhängen oder signifikanten Korrelationen nachzuspüren, fokussierten interne Herangehensweisen auf die entsprechenden Interpretationen der sozialen Akteure. Insgesamt sei nicht ganz klar, wie sich die Autorin hier positioniere.

Diese beiden – modernisierungstheoretischen und methodischen – Einwürfe prägten zunächst die Debatte. Hier stellte die Autorin zum einen klar, dass eine modernisierungstheoretische Aufladung ihres Analyserasters nicht intendiert sei. Vielmehr diene es in analytischer Absicht der systematischen Erfassung bislang ausgeblendeter komplexer Zusammenhänge von sozialem Wandel und Krieg und Gewalt: Wo wirke sozialer Wandel im Krieg weiter? Entstehen neue Ordnungen? Entsprechend gehe mit der Auffächerung der Ordnungsformen anhand des Grades sozialer Differenzierung kein normativ belastetes Stufenmodell einher, das eine Entwicklung von „minderwertigen“ zu „höherwertigen“ Gesellschaftsformen be- oder gar vorschreibe. Zum anderen betonte die Autorin, externe und interne Erklärungsmuster müssten stets zusammen gedacht werden. Die weitere Debatte hob vor allem auf zwei Punkte ab: Erstens ging es um die Gewichtung der Rolle von Staat und Gesellschaft im Globalisierungsprozess. Dabei wurde auf der einen Seite die Staatslastigkeit der Argumentation kritisiert. Statt dessen müsse stärker von einem konfliktiven Vergesellschaftungsmuster her gedacht werden, in das sowohl lokale als auch globale Akteure involviert seien. Auf der anderen Seite stand das Plädoyer gegen eine globalisierungstheoretische Eskamotierung des Staats. Denn zum einen markiere dieser vielerorts immer noch einen relativ stabilen Bezugsrahmen seiner Bürgerinnen und Bürger. Zum anderen dienten gewaltzerrüttete Gesellschaften nicht zuletzt westlichen Staaten bzw. Staatenbündnissen als Grund zur gegebenenfalls militärischen Intervention. Damit wäre der zweite intensive Diskussionspunkt angesprochen: der ‚blinde Fleck‘

des liberalen Paradigmas. Dieses konstruiere im wesentlichen die gewaltzerrütteten (Nachkriegs-)Gesellschaften und hier vor allem lokale Akteure als Problem. Demgegenüber berücksichtige Kurtenbach auch eine zweite – externe – Einwirkungsebene. Diese analytische Weiterung erlaube eine selbstkritische Reflexion des eigenen Anteils der sogenannten westlichen Welt am globalen Unfrieden.

Zentrale These des von Holger Niemann verfassten und von Andreas Herberg-Rothe referierten Papiers *„Kriegsbegründungen demokratischer Exekutiven im Vergleich: Empirische Ergebnisse und Konsequenzen für die Theorie des demokratischen Friedens“* lautete: Demokratische Exekutiven greifen zur Begründung ihrer Kriege auf Argumentationen zurück, „die ihre Abhängigkeit von der demokratischen Verfasstheit reflektieren“ (S. 2). Nach der Feststellung einer Verlagerung des Forschungsinteresses über den demokratischen Frieden hin zu einer demokratiezentrierten Friedens- und Gewaltforschung begründete Niemann die systembedingte Notwendigkeit für demokratische Regierungen, ihr Handeln soweit am Interesse der Öffentlichkeit auszurichten, dass eine Sanktionierung insbesondere durch Abwahl unwahrscheinlich werde. Danach leitete er aus dem Diskurs über den demokratischen Frieden ein Raster mit dreizehn – teilweise weiter ausdifferenzierten – idealtypischen Argumentationsmustern ab, die für Kriegsbegründungen zur Verfügung stehen. Dabei unterschied er drei Dimensionen: innerstaatliche Bedingungen, Ziele und operative Ebene des Militäreinsatzes. In seiner Untersuchung jener Begründungen, die die britische und die deutsche Regierung für ihre Teilnahme bzw. Nichtteilnahme am Kosovokrieg (1999) und am Irakkrieg (2003) ins Feld geführt hatten, wies er die häufige Verwendung zweier Argumentationsmuster nach: Das wären zum einen Feindbildkonstruktionen, die den Gegner als Mitglied einer antidemokratischen outgroup disqualifizieren, zum anderen Bezugnahmen auf den gemeinschaftlichen Charakter der Militäraktionen. Die relativ höhere institutionelle Einbindung der Bundesregierung führe darüber hinaus zu einer Argumentation, die deutlich stärker die Abhängigkeit der Exekutiven vom Parlament reflektiere.

Für Kommentator Michael Henkel bestätigte das Papier zunächst den Verdacht, wonach sich die Theorie des demokratischen Friedens auf ihrer Rückseite als eine Theorie des demokratischen Krieges erweise. Als Kardinalproblem des Textes identifizierte er aber dessen (möglichen) Beitrag zur Theoriebildung: Denn nach dem empiri-

rischen Befund werde ein- und dasselbe Argument (z.B. Militäreinsatz als ultima ratio) von den Exekutiven mal zur Begründung, mal zur Ablehnung einer Beteiligung am Waffengang gespielt. Niemand selbst verweise auf den Umstand, dass die Bundesregierung sowohl eine Verweigerung (Irakkrieg) als auch eine Mitwirkung (am Kosovokrieg) mit sehr ähnlichen Argumenten begründete, mithin mache sie deutlich, „dass es keine prinzipiellen Ursachen für eine Nichtbeteiligung gibt, sondern sehr spezifische“ (S. 22). Mit dieser (zutreffenden) Feststellung des Autors schrumpften – so Henkel – aber auch Erklärungswert und Theoriefähigkeit der Studie. Dafür gäbe es sogar einen starken sachlichen Grund: Politik sei nun einmal primär situatives Handeln in einem noch dazu häufig unthematisierten Kontext. Beispielsweise sei die Entscheidung der Bundesregierung gegen eine Mitwirkung am Irakkrieg auf wahltaktische Überlegungen Gerhard Schröders zurückzuführen. „Unter anderen Bedingungen hätte das aber auch ganz anders aussehen können“ – lautete das zugespitzte Fazit des Kommentators.

In der Diskussion wurde auf der einen Seite Henkels Kritik bekräftigt, variiert und vertieft: So seien die Kriegsargumente eigentlich eher der Lehre des „gerechten Kriegs“ und weniger dem Theorem des demokratischen Friedens entnommen. Dieses erweise sich im Galtung'schen Sinne nicht nur als Quelle kulturellen Friedens, sondern auch als ergiebige Quelle kultureller Gewalt, die personale (und strukturelle) Gewalt legitimiere. Auch die Feststellung des empirischen Befunds und seine Theoretisierbarkeit wurden weiter hinterfragt: Die These *spezifisch* demokratischer Kriegsargumente hätte demnach methodisch einen Vergleich mit der Kriegsrhetorik in nicht-demokratischen Staaten verlangt. Und zur Feststellung des Gewichts, welches Argumenten aus dem Repertoire des demokratischen Friedens in der konkreten Kriegsargumentation demokratischer Exekutiven zukommt, wäre es erforderlich gewesen, auch Legitimierungsmuster anderer politiktheoretischer Provenienz abzu prüfen. Auf der anderen Seite wurde der Wert des Papiers zur theoretischen Debatte ausdrücklich gewürdigt. So habe es nicht nur aus dem Bestand des demokratischen Friedens ein Set möglicher Kriegsargumente herausgefiltert, sondern vor allem deren praktische Relevanz an ausgewählten Fallbeispielen überzeugend nachgewiesen. Dieses Verdienst lasse sich auch durch die genannten Einwände keineswegs schmälern.

### **Panel 3: Gender in der Friedensforschung**

Mit dem von Sarah Clasen vorgelegten und von Anne Richter referierten Papier „*Engendering Peace – Eine gendersensitive Weiterentwicklung des Czempiel’schen Friedensmodells*“ stand seit längerem mal wieder ein Beitrag aus einer dezidierten gender-Perspektive zur Diskussion. Gleichzeitig stellte sich die Autorin in die Tradition normativer und wertgebundener (feministischer) Friedensforschung. Entsprechend ging es ihr um ein doppeltes Anliegen: Erstens wollte sie ein methodisches Hauptargument gegen den positiven Friedensbegriff – nämlich seine mangelnde operative Umsetzbarkeit – entkräften. Und zweitens bemühte sie sich um den Nachweis, dass ein zeitgemäßes Friedensverständnis „notwendig“ (S. 4) gender-Dimensionen berücksichtigen müsse – nicht zuletzt, weil es sich hier um eine sekundäre, verstärkend wirkende Konfliktursache handele. In einer Synthese aus feministischem Friedensdiskurs und Czempiel’schem Friedensbegriff kreierte die Autorin drei gendersensitive Friedensbedingungen: Existenzhaltung werde nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich gesichert; Existenzentfaltung verlange eine gleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern; und eine pluralistische Gesellschaftsorganisation müsse verschiedene Geschlechterrollen zulassen. Clasens breit angelegter Indikatorenkatalog umfasste: das zahlenmäßige Verhältnis von Männern und Frauen (sex ratio), häusliche Gewalt und öffentliche Gewalt (jeweils gemessen an der Kriminalstatistik), Gleichberechtigung der Geschlechter (gemessen in Anlehnung an Indices der UNDP) sowie Rollenpluralismus (überprüft an der rechtlichen Gleichstellung homosexueller Paare).

Der Kommentar von Thorsten Bonacker würdigte vor allem die innovative Indikatorenbildung und den Beitrag zur Debatte über Friedensbedingungen. Gleichzeitig setzte er an diesem Punkt eine doppelte Kritik an: Zum einen sei der normative Ansatz in der Friedensforschung, dem sich die Autorin verpflichtet fühle, aus wissenschaftlicher Perspektive gescheitert. Insbesondere habe er es versäumt, die eigene Bezugnahme auf gesellschaftliche Normen und ihre damit verbundene Teilnahme am gesellschaftlichen Normbildungsprozess zu reflektieren und methodisch in Rechnung zu stellen. Clasens Bekenntnis hielt der Kommentator entgegen, die eigentliche Konfliktlinie in der „Disziplin“ verlaufe gar nicht zwischen wertgebundener und wertneutraler Friedensforschung, sondern zwischen positivistischen und post-positivisti-



schen Ansätzen. Zum anderen schien Bonacker das Argument „ohne Geschlechtergerechtigkeit kein Frieden“ im Text zu stark gespielt. Es müsse erst einmal empirisch geklärt werden, ob (Geschlechter-)Gerechtigkeit tatsächlich zu stabilem Frieden führe oder ob nicht weitere Bedingungen erforderlich seien. Darüber hinaus problematisierte der Kommentator die Verarbeitung des Czempiel'schen prozessualen Friedensbegriffs: Denn bei diesem handele es sich geradezu um einen Alternativentwurf zum positiven Friedensbegriff, während die Autorin beide miteinander zu versöhnen suche. Und zum anderen komme bei Clasen die spezifische Eigenheit des Czempiel'schen Zugriffs – die Fokussierung auf den Prozessaspekt des Friedens – zu kurz.

In der Debatte entzündete sich eine erste Kontroverse an der starken These der Notwendigkeit eines gender-sensiblen Friedensbegriffs. Dabei ging es weniger darum, der gender-Dimension in der Friedensforschung ihren Platz abzusprechen, als vielmehr um die Reichweite und Durchschlagskraft der Behauptung. Denn diese enthalte eine normative Präskription, die sich von der Friedensforschung als wissenschaftlicher Disziplin bis hin zum Friedensbegriff einzelner Friedensforscher bzw. einzelner Friedensforscherinnen und jedem einzelnen Forschungsprojekt erstrecken (könne). Eine zweite Diskussionsstrang problematisierte ein inhaltliches Spezifikum des feministischen Friedensbegriffs, nämlich die postulierte Aufhebung der Trennung von „privat“ und „öffentlich“. Dabei brachte die Debatte mehr Fragen als Antworten: Wer legt die Unterscheidungslinie fest? Handelt es sich nicht auch um eine schützenswerte Errungenschaft? Geht es um eine faktische Aufhebung der Trennung beider Sphären oder nur um eine Auflösung der analytischen Unterscheidung? Der dritte Schwerpunkt betraf die Auswahl des Referenzautors. Auf den ersten Blick läge doch – so das Argument – ein Anschluss an Johan Galtung, dem spiritus rector des von der Autorin favorisierten positiven Friedensbegriffs, näher. Als Grund für ihre Wahl nannte Clasen dann aber die starke Rolle, die Czempiel der Rollenpluralität zumesse. Damit war dann auch die dritte Debatte angestoßen, nämlich über die friedenspraktischen Ambivalenzen von Rollenpluralität und Möglichkeiten ihrer friedensförderlichen Einhegung: Denn Rollenpluralität eröffne je nach Ausgangspunkt friedliche Alternativen (zum „Krieger“) oder gewaltsame Alternativen (zur „Friedensarbeiterin“), sie ermögliche die Integration unterschiedlicher (auch widerstreitender) Auf-

gaben- und Tätigkeitsprofile in eine Gesamtpersönlichkeit ebenso, wie sie unter Umständen Identitätsbildung erschwere.

#### **Panel 4: Theoriefragen des Peacebuilding**

„*Frieden durch Fremdbestimmung – machbar und effektiv?*“ lautete die Titelfrage des von Anne Menzel verfassten und Daniel Messelken referierten Papiers, das „*gegenseitige Bereicherungspotentiale normativer und policy-bezogener Forschung zu Peacebuilding*“ erkundete. Durch ein wechselseitiges Aufmerksamkeitsdefizit gingen nun – so die These der Autorin – Bereicherungspotentiale verloren: Denn normative Theorie könne durch die Praxis auf relevante Probleme hingewiesen werden. Und policy-bezogene Forschung lasse sich durch normative Theorie für problematische Aspekte sensibilisieren. Denn mit dem empirisch feststellbaren Scheitern beim Aufbau demokratischer Staatlichkeit versiege die entscheidende Legitimationsquelle für das dem peacebuilding eingeschriebene Moment der Fremdbestimmung: die Machbarkeits- und Effektivitätsannahme. Menzel beschrieb hier in normativer Hinsicht ein Dilemma: Entweder die internationale Gemeinschaft gibt den Konflikt an die Akteure zurück – dann müsse sie aber notfalls das demokratische Ideal fallenlassen. Oder aber sie errichtet (Quasi-)Protektorate – was dann die Selbstbestimmung dauerhaft blockiere. Aus diesem Befund formulierte die Autorin den Anspruch an die normative Theorie, Fremdbestimmung gerade auch auf ihre verdeckten, aber gleichwohl wirkmächtigen Formen zu reflektieren (z.B. Auswahl oder gar Fremdgründung lokaler Partnerorganisationen), während sie policy-bezogenen Ansätzen zu einer Praxis riet, welche die lokale Bevölkerung in hohem Maße einbeziehe.

In seinem Kommentar würdigte Marcel Baumann den möglichen Beitrag des Papiers für den interdisziplinären Diskurs: Indem es lokalen Frieden und globale Sicherheit als zwei Seiten einer Medaille begreife, sei es nicht nur für die Friedensforschung, sondern auch für die Disziplin der Internationalen Beziehungen interessant. Möglicherweise könne es sogar die Aufhebung der künstlich herbeigeführten Trennung zwischen Friedens- und Konfliktforschung einerseits und Sicherheitsforschung andererseits befördern. Danach setzte Baumann drei Schwerpunkte. Erstens legte er einen entspannteren (pragmatischeren) Umgang mit dem normativen Ideal nahe, das die praktische Abweichung im Begriff ja gleichsam mitumfasse. Allerdings erschließe

sich die Relevanz des Normativen für die Gesamtargumentation ebensowenig wie die Einzelbestandteile dessen, was die Autorin als normative Perspektive bezeichnet. Zweitens lobte der Kommentator Menzels detektivische Leistung: Wenn externe Akteure im Einsatzgebiet nämlich ihre eigene Zivilgesellschaft schafften, dann mutiere in der Tat – verborgen durch die Floskel von der conflict ownership – Fremdbestimmung zum Programm. Damit eng zusammenhängend problematisierte Baumann – drittens – die Rede vom peacebuilding als Akteursprache. Diese diene in der Regel eher der Verschleierung als der Aufklärung der Sache, um die es gehe. Als Alternativen brachte er den Begriff der Friedenskonsolidierung und den der Intervention ins Spiel, wobei er den ersten erklärtermaßen für unbrauchbar hielt. Insgesamt vorhielt Baumann für enge Begriffsbildungen, die tiefgehende Analysen von Wechselbeziehungen überhaupt erst ermöglichten.

Die Debatte konzentrierte sich auf die Klärung der Kategorie der Fremdbestimmung. Dabei wurde zum einen Menzels empirischer Befund mit dem Argument problematisiert, lokale Kooperationspartner fungierten eben nicht ausnahmslos als „Agenten“ der internationalen Gemeinschaft. Vielmehr gebe es auch so etwas wie „geborene“ Bündnispartner oder doch zumindest taktische Allianzen. Zum anderen ging es um die normative Dimension: In Anlehnung an Oskar Negts Konzept einer „Gewalt des Zusammenhangs“ handele es sich bei Fremdbestimmung um einen ebenso ubiquitären wie omnipräsenten Tatbestand. Mithin gewinne die Kategorie der Fremdbestimmung erst in Klärung ihres Verhältnisses zu jener der Selbstbestimmung ihre normative Kraft. Auch sei es unter Rekurs auf Galtung möglich, Fremdbestimmung als friedentheoretisches Problem nicht nur zu setzen, sondern auch zu begründen, denn schließlich erhebe er Selbstbestimmung zum Kern seines Friedenskonzepts, der eben durch Fremdbestimmung negiert werde. Analog zum strukturellen Gewaltbegriff erklärte die Autorin Machtverhältnisse zwischen lokalen und internationalen Akteuren zum Kriterium, das entlang der Fragestellung „Wer bestimmt, welche Allianzen eingegangen werden?“ über Fremd- oder Selbstbestimmung entscheide.

### **Panel 5: Sprachwissenschaftliche Beiträge zur Friedenstheorie**

Helma Pasch verfolgte in ihrem – von Jörg Lehmann referierten – Papier „*Friedensterminologien in afrikanischen Sprachen*“ das Ziel, anhand einiger Sprachen

aufzuzeigen, welche Konzepte für Frieden es in Afrika gibt. Dabei wählte sie einen lexikologischen Ansatz. Die Mehrzahl der angeführten Beispiele stamme aus Wörterbüchern und sprachwissenschaftlichen Aufsätzen und sei – wo möglich – mit Muttersprachlern diskutiert. Bereits der Hinweis, dass wohl in keiner Sprache eine allgemeingültige Definition von Frieden existiere und auch innerhalb der westlichen Welt verschiedene Sprachgemeinschaften eigene prototypische Friedenskonzepte entwickelt hätten, lässt auch mit Blick auf afrikanische Sprachen (z.B. sango und ewe) ein plurales Ergebnis erwarten. Und in der Tat identifizierte die Autorin mehrere friedensbezogene Redeweisen: Während die meisten sich auch in europäischen Sprachen wiederfinden (z.B. Frieden als Vertrag, moralische Kategorie, Wohlstand, gutes Sozialverhalten), seien jedoch der sprachlich hergestellte Zusammenhang von Frieden und Kühle sowie die sprachliche Lokalisierung von Frieden in bestimmten Körperteilen typisch afrikanisch (z.B. kühles Herz, kühles Ohr, kühler Bauch). Entsprechend wäre es ratsam, solche tradierten Terminologien in Friedensverträgen zu verwenden, damit deren Inhalte von den betroffenen Bevölkerungsgruppen besser verstanden werden können.

In seinem Kommentar lobte Hajo Schmidt die lexikologische Studie als verdienstvolle Vorarbeit zur Untersuchung semantischer Felder. Möglicherweise entpuppten sich dann auch jene in europäischen Sprachen vertrauten Redeweisen vom Frieden als „afrikanischer“, als der rein lexikologische Befund nahelege. Da sich hinter Paschs Fragestellung nicht nur ein sprachliches Vermittlungs-, sondern auch ein praktisches Gestaltungsproblem verberge, gebühre dem konstruktiven Anteil afrikanischer Friedenskonzepte ein besonderer Fokus. In diesem Sinne bestehe Anschlussfähigkeit an Johan Galtungs tiefenkulturellen Ansatz, zumal hier afrikanische Kosmologien bislang nicht abgebildet seien.

Aus der facettenreichen Debatte sollen nur einige Punkte hervorgehoben werden. So wurde zum einen die Bilanz der Autorin, wonach lediglich zwei der identifizierten Redeweisen über den Frieden als typisch afrikanisch zu klassifizieren seien, weiter hinterfragt: Denn auch in europäischen Sprachen würden Kühle und Körperteile in friedensrelevanter Weise miteinander verknüpft. So meine die Wendung „einen kühlen Kopf bewahren“ eben auch, einen Konflikt nicht unnötig eskalieren zu lassen. Und Augustinus spreche vom Frieden eines Körpers dann, wenn sich dessen Teile in

einem geordneten Verhältnis zueinander befänden. Zum anderen wurde die Art und Weise, in der in nichtafrikanischen Sprachen über Frieden geredet wird, reflektiert. Dabei spielten insbesondere Bezugnahmen auf den eigenen Sprachraum eine Rolle, in welchem der Friedensbegriff für sich genommen inhaltsleer sei und seinen Bedeutungsinhalt entweder durch attributive Ergänzungen („Frieden *als* ... ) oder qua Umweg über Antonyme („Frieden ist *nicht* ... ) gewönne. Außerdem gäbe es außer-europäische Sprachen, in denen eine Bezeichnung für Frieden fehle: Bei den Mayas entspreche ein Wort mit dem Bedeutungsinhalt „Harmonie“ am ehesten unserem Friedensbegriff. Aufbauend auf der Feststellung, bestimmte Bedeutungsinhalte eines Begriffs könnten zeit- und kontextabhängig zwischen großen und kleineren sozialen Räumen wandern, rundete ein Vorschlag die Debatte ab: Unterschiedliche Friedensbegriffe eines Sprachraums gingen demnach in eine Art Gesamtkörper ein, der ein diskursives Feld konstruiere, aus dem sich einzelfallabhängig unterschiedliche Zusammensetzungen und Hierarchien entwickeln könnten.

#### **Panel 6: Ergebnisse aktueller Theoriedebatten in der Friedens- und Konfliktforschung**

In Rückblick auf die drei Sitzungen der Workshop-Reihe wurde konstatiert, dass quer zu den jeweils behandelten Papieren folgende Themen immer wiederkehrten:

- das Selbstverständnis der Friedensforschung und hier insbesondere die Dimensionen eines brauchbaren Friedensbegriffs,
- die Frage nach Sinn und Zweck von Friedensforschung und nach ihrem Leistungsvermögen,
- der Zusammenhang von (begrenzter bzw. vollentfalteter) Staatlichkeit und Frieden sowie
- das Verhältnis von Normativität, Konstruktivismus und policy-orientierter Forschung bzw. die Relation von Positivismus und Postpositivismus.

Aus diesem Spektrum entschied sich der Arbeitskreis dafür, seine nächste Sitzung mit kurzen zugespitzten Papieren zu dem letztgenannten Themenkomplex zu bestreiten. Eingedenk der bisherigen Erfahrungen stehen interessante Debatten zu erwarten.